



Sprechzettel

Kampagne "Soziale Kälte"

Ursachen sozialer Kälte

- Der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat und eine verlässliche soziale Sicherung sind Garanten sozialer Stabilität und des inneren Friedens.
- Wachsende soziale Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Gegensätze führen dagegen zu Politik- und Staatsverdrossenheit, Fremdenfeindlichkeit und Kriminalität und zu sozialer Kälte.

SoVD-Gesamtforderungen gegen soziale Kälte

- Der SoVD fordert Bund, Länder und den Gesetzgeber auf, die sozialen Sicherungssysteme und die Elemente des sozialen Ausgleichs zu stabilisieren und auszubauen, die fortschreitende Privatisierung zurückzudrängen und Leistungslöcher in den Systemen der sozialen Absicherung zu schließen.
- **Finanzierungen gesamtgesellschaftlicher Aufgaben** müssen grundsätzlich aus Steuermitteln finanziert werden und dürfen nicht in immer größerem Umfang den Sozialversicherungssystemen aufgebürdet werden.

Armutsrisiko

- **Jede sechste Person in Deutschland war 2017 armutsgefährdet** (verfügt über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung). Das entsprach rund **13,1 Millionen Menschen**.
 - 2017 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1096 € im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2302 € im Monat.
- In Deutschland waren 2017 rund 15,5 Millionen Menschen **von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht** → **19,0 % der Bevölkerung**
- **Mehr als 40 % der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten sind von Armut bedroht** (Mikrozensus 2018; laut Studie der Bertelsmann Stiftung sogar 68 %)
- 3,4 % der Bevölkerung in Deutschland waren 2017 von erheblicher materieller Entbehrung betroffen.
 - Sie waren zum Beispiel nicht in der Lage, ihre Rechnungen für Miete zu zahlen oder ihre Wohnungen angemessen zu beheizen.
- Die **Einkommenskluft** in Deutschland ist gewachsen.
 - Neueste Zahl des Paritätischen Gesamtverbandes: Bei den 10 % der Familien mit einem Kind am unteren Ende der Verdienstskaala hat das Einkommen 2013 im Schnitt 1550 € betragen, bei den 10 % der Familien mit den größten Einkommen 8642 € → Einkommen der ärmsten Familien innerhalb von 10 Jahren im Schnitt um 3,2 % gesunken, bei den reichsten hat es um 0,8 % zugelegt.

Arbeit, Beschäftigung und Erwerbslosigkeit

- **Fast 25 %** aller abhängig Beschäftigten erhalten einen Niedriglohn.
- Fast 200.000 Beschäftigte müssen trotz Vollzeitjob zusätzlich Grundsicherungsleistungen beziehen.
- Besonders skandalös ist der **Anstieg der Minijobs auf 7,6 Millionen (2018)** dieser sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse.
- Beschäftigte in **Minijobs, davon mehr als zwei Drittel Frauen**, arbeiten nicht nur meist zu Niedriglöhnen, sie erhalten auch lediglich einen sehr eingeschränkten Sozialversicherungsschutz.
- Der gesetzliche **Mindestlohn** beträgt seit dem 1. Januar 2020 9,35 € pro Stunde – die Grenze zu einem armutsfesten Mindestlohn lag 2018 bei 12,63 €.

- **Fast jeder fünfte Hartz-IV-Empfänger** in Deutschland bezieht **bereits 10 Jahre** oder länger staatliche Unterstützung (insgesamt 1,01 Millionen Leistungsbeziehende)
- **Ein Drittel** aller arbeitslos gemeldeten Personen ist **langzeitarbeitslos** (Mai 2019: 733.000 Menschen).
- Seit dem 1. Januar 2020 liegt der **ALG-II-Regelsatz** für Alleinstehende bei **432 €**. Der Anteil für **Bildung: 1,12 €**.

SoVD-Forderungen

- **Arbeitslosigkeit vermeiden und Niedriglohnsektor bekämpfen:**
 - befristete Beschäftigung einschränken
 - reguläre Voll- und Teilzeitarbeit mit Sozialversicherung zu tariflichen beziehungsweise ortsüblichen Löhnen stärken
 - **gesetzlicher Mindestlohn** für alle Arbeitnehmer*innen und armutsfest (2018: 12,63 €) → jährliche Anpassung erforderlich
 - Arbeitgeber*innen müssen für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, die besonders häufig von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, durch die Anhebung der Beschäftigungspflichtquote und der Ausgleichsabgabe in die Pflicht genommen werden.
- **Hohe und höchste Einkommen und Vermögen** sowie alle in Deutschland wirtschaftenden Unternehmen müssen **zu angemessenen Steuerzahlungen** herangezogen werden.
- Die **Mindestsicherungssysteme müssen bedarfsgerecht** ausgestaltet werden. Insbesondere bedarf es einer deutlichen Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung unter Berücksichtigung besonderer Bedarfe z.B. behinderter Menschen. Wohnungsgrößen und Mietobergrenzen müssen neu bemessen und ein Zuschlag zur Deckung der gestiegenen Energiekosten eingeführt werden. Vordringlich ist außerdem die Rücknahme der ungerechtfertigt harten Zumutbarkeits- und Sanktionsregelungen – besonders für Jugendliche und junge Erwachsene.
- In der **Absicherung bei Arbeitslosigkeit muss das Arbeitslosengeld I** wieder die grundsätzliche Leistung bei Arbeitslosigkeit werden, insbesondere indem der Zugang erleichtert wird und die Dauer des Leistungsbezuges ausgeweitet wird.

Frauen

- Es ist auch ein Ausdruck von sozialer Kälte, dass **Frauen immer noch nicht gleichberechtigt** sind:
 - **Einkommensarmut:**
 - Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch **21 % weniger Lohn** als Männer.
 - **Zwei von drei Minijob-Beschäftigten sind Frauen.**
 - Fast die Hälfte aller Frauen mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter ist von Armut betroffen bzw. bedroht – sie haben netto nicht mal 900 € im Monat.
 - **Altersarmut:**
 - Niedrige Löhne führen zu niedrigen Renten. Dabei ist klar: Frauen müssen im Alter von ihrer Rente leben können.
 - In der Realität ist das allerdings oft nicht der Fall: **Seniorinnen haben im Durchschnitt knapp 60 % weniger eigene Altersversorgungsbezüge als Senioren.**
 - **61 % der Beziehenden von Grundsicherung im Alter sind Frauen.** Frauen sind somit viel häufiger von Altersarmut betroffen als Männer.

Menschen mit Behinderungen

- Menschen mit Behinderungen kommen in der Armutsdebatte viel zu wenig vor.
- Die Armutsquote ist bei Menschen mit Behinderungen (MmB) deutlich höher: 20 % (allg. 13%, Teilhabebericht 2016);
- Das Armutsrisiko bei chronisch kranken Menschen – ohne anerkannte Behinderung – liegt bei enormen 26 %!
- Bei MmB liegt die Erwerbsquote bei nur bei 49 % (allg. 80 %).
- Arbeitslosigkeit ist bei MmB doppelt so hoch: 11,7 % (allg. 5,7 % in 2017), der Abstand hat sich im letzten Jahr vergrößert.
- Für schwerbehinderte Menschen ist prekäre Arbeit ein „großes Thema“: Sie arbeiten häufiger Teilzeit (22 %, allg. 16 %) und sind häufiger in geringfügiger Beschäftigung (12 %, allg. 9,5 %). Die Leiharbeit ist die Branche, in die die BA schwerbehinderte Menschen am meisten vermittelt (16 %).

- Menschen mit Beeinträchtigungen verfügen nur über 79 % des Einkommensbetrages, über den Menschen ohne Beeinträchtigungen verfügen.
- Die Erwerbsminderungsrente liegt bei durchschnittlich 710 € im Monat. Diese EM-Rente ist für 30 % der Menschen mit Beeinträchtigungen die Haupteinnahmequelle.
- Fast jede zweite Frau mit Behinderung (zwischen 18 und 64 Jahren) verfügt über ein Einkommen unter 900 €.
- In einer Werkstatt für behinderte Menschen verdient man im Schnitt 180 € (Vollzeit).

Rente

- Seit Jahren nimmt Altersarmut zu: Leistungsbezieher von Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung:
 - 12/2003: etwa 260 000 Personen
 - 12/2018: etwa **560 000 Menschen**
- Armut kommt „still“ daher – die Menschen kämpfen mit gesundheitlichen Problemen im Alter und haben weniger Kraft und Unterstützung gegen Armut vorzugehen. Sie nehmen die fehlende Teilhabe einfach hin und finden sich damit ab.
- Es ist ein gesellschaftlicher und sozialpolitischer Rückschritt UND ein Zeichen von sozialer Kälte, wenn wir nach über 60 Jahren wieder über Altersarmut reden müssen.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder alleine den Lebensstandard von Rentner*innen sichern können.
- Als SoVD fordern wir, die **Stabilisierung des Rentenniveaus dauerhaft festzuschreiben** und es in einem nächsten Schritt wieder **anzuheben**.

Gesundheit

- Der SoVD fordert die Einführung einer **solidarischen Bürgerversicherung** (in der Gesundheit und Pflege) für die gesamte Bevölkerung in Deutschland auf der Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung.
 - gilt sowohl für abhängig Beschäftigte, wie auch Selbstständige oder Beamt*Innen. Dies gewährleistet gleichen Versicherungsschutz für jede/n Bürger*in und den Zugang zu den nötigen Leistungen unter den gleichen Voraussetzungen.

- Die zunehmend marktähnlich organisierte Kranken- und Pflegeversorgung muss so reguliert werden, dass die begrenzten Mittel zum Wohle der Menschen mit Bedarfen und nicht zur Renditegewinnung insbesondere privater Unternehmen eingesetzt werden.
- In der Krankenversicherung muss zu einem **bedarfsdeckenden Leistungskatalog** zurückgekehrt werden.
- **Der SoVD begrüßt die Hamburger Initiative.**
 1. Seit August 2018 erhalten Hamburger Beamt*innen, die gesetzlich versichert sind, einen Zuschuss des Arbeitgebers zur GKV in Form der pauschalen Beihilfe. Bislang konnten sich Beamte nur privat in Kombination mit der Beihilfe versichern. GKV-Beiträge mussten sie vollständig allein finanzieren.
 2. Der SoVD begrüßt die Hamburger Initiative als einen richtigen und wichtigen Schritt in Richtung Bürgerversicherung. Hamburg hat damit eine wichtige Vorbildfunktion für die anderen Bundesländer. Seit Anfang August 2018 haben sich bereits zahlreiche Beamte der Hansestadt (1015, Stand Februar 2019) für die gesetzliche Krankenversicherung entschieden.
- Thüringen, Brandenburg, Bremen und Berlin ziehen nach.

Pflege

- Neue Zahlen des vdek: Die finanzielle Belastung eines Pflegebedürftigen in der stationären Pflege in € je Monat beträgt **im Bundesdurchschnitt 1891 €** (Quelle: Aktuelle Zahlen des vdek zum Stichtag 1. Juli 2019). In Nordrhein-Westfalen ist der Eigenanteil mit durchschnittlich 2337 € am höchsten, in Sachsen-Anhalt mit 1331 € am niedrigsten. Der Anstieg verläuft in den ostdeutschen Ländern besonders steil. Die Kosten setzen sich zusammen aus dem Einrichtungseinheitlichen Eigenanteil (Pflegeleistungen), den Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie den Investitionskosten.
- Die **soziale Pflegeversicherung muss zu einer Vollversicherung** ausgebaut werden, die bedarfsdeckend Leistungen zur Verfügung stellt.
 - Die gesetzliche Pflegekasse folgt einem Teilkaskoprinzip: Sie übernimmt über eine feste Pauschale nur einen Teil der Kosten. Steigende Ausgaben - wie etwa für notwendige Reformen oder Verbesserungen in der Pflege - müssen die Pflegebedürftigen tragen. Damit verbleibt das Pflegerisiko grundsätzlich in privater Verantwortung.

- Der (aktuell diskutierte) Vorschlag der Begrenzung von Kostenbeteiligungen für Betroffene ist ein wichtiger, erster Schritt. Er reicht jedoch nicht aus, um den Abstiegsängsten entgegenzuwirken. Der SoVD fordert eine Pflegevollversicherung, die über eine Pflegebürgerversicherung finanziert wird. Sie trägt die im Einzelfall zur Pflege, Betreuung und Teilhabe erforderlichen Aufwendungen und sichert damit das Pflegerisiko vollständig ab. Umfasst sind dabei alle Leistungen zur Pflege und Betreuung, die notwendig, wirtschaftlich und zweckmäßig sind. Die Kosten werden von der Solidargemeinschaft übernommen. Dies ist das Grundprinzip der Krankenversicherung.

Kinder- und Familienarmut

- **Jedes fünfte Kind** in Deutschland lebt in Armut
- Kinderarmut = Familienarmut
- Bereichsübergreifendes Vorgehen notwendig, materielle Lösung alleine nicht hinreichend:
 - Abbau von Arbeitslosigkeit; Prekäre Beschäftigung bekämpfen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fördern; Mindestlohn anheben; Lohndiskriminierung von Frauen beseitigen
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken
 - Kitas ausbauen (ab 1 Jahr Anspruch auf Kitaplatz); flexiblere Arbeitszeiten
 - Chancengleichheit stärken
 - Inklusive Bildungspolitik (Stichwort: Benachteiligung Migrant*innen); Ganztagsbetreuung; Individuelle Förderung; Kostenfreiheit: Kinderbetreuung/Schule (inklusive der Lehr- und Lernmittel)

Wohnen

- Es fehlen noch mehr als 1,9 Millionen Wohnungen in den Großstädten.
- Das verminderte Einkommenswachstum der ärmsten zehn Prozent aller Haushalte in Deutschland verstärkt die Auswirkungen steigender Mieten für diejenigen, die ohnehin geringe Einkommen aufweisen.
- Bei großen Haushalten ist eine belastende Miete vor allem an Überbelegung abzulesen. 25 % der Wohnungen in Großstädten, in denen mindestens drei Personen leben, sind 2014 zu klein.

- Unter steigenden Mieten leiden vor allem arme, junge und alte Haushalte. Außerdem sehr betroffen sind Alleinerziehende und Haushalte mit Migrationshintergrund. Bei Letzteren gibt es Hinweise auf hohe Mieten aufgrund von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.
- Die Wohnungskrise ist komplex und beinhaltet mindestens drei Phänomene: einen Mangel an Wohnraum, den die Menschen sich mit weniger als 30 % ihres Haushaltseinkommens leisten können, Überbelegung bei mehr als zwei Personen pro Wohnung und soziale Segregation.

SoVD-Forderungen

- Mietpreissteigerungen bei hohen Mietbelastungen müssen wirksam eingeschränkt werden, indem Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse abgeschafft, die Datenbasis des Mietspiegels verbreitert und dessen Geltungsdauer verlängert werden.
- Instrumente zur Orientierung der Mieten an der Einkommenshöhe sind zu prüfen, damit die Mietbelastung finanzschwächerer Haushalte 30 % des Haushaltseinkommens nicht übersteigt.
- Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau (wie etwa der Wohnberechtigungsschein) sind konsequent einzuhalten, Fehlbelegungen sind zu vermeiden.
- Das Wohngeld und die Kosten der Unterkunft müssen jährlich an die Energiekosten-, Mietpreis- und Einkommensentwicklung angepasst werden. Diese Anpassungen müssen zusätzliche Bedarfe von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.
- Barrierefreiheit nach DIN-Standards ist für eine größere Zahl von Wohnungen zu verwirklichen. Geltende Rechtsnormen dürfen nicht aufgeweicht werden. Die zukünftigen Bedarfe zur Barrierefreiheit sind wissenschaftlich zu erfassen.
- Das KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ ist auszuweiten. Umbaumaßnahmen zur Barrierereduzierung müssen im Bürgerlichen Gesetzbuch von der Verpflichtung zum Rückbau bei Übergabe der Mietsache ausgenommen sein.
- Barrierereduzierte Wohnungen müssen in allen Neubauten Standard werden. Sinnvoll ist, sich auf Maßnahmen zu konzentrieren, die späteren, teuren Umbauten vorbeugen.

Bildquelle: © Manfred Hermann – stock.adobe.com